

Die Geschichte schlichter Siedlungen in Köln

Egon Graf zu Fürstenberg-Stammheim, ein Sauerländer am Rhein, preußischer Kammerherr, befreundet mit dem König, Besitzer von Schloss Stammheim und schon zu Lebzeiten 1856 erster Ehrenbürger Kölns. Er ist der Namenspatron der Egonstraße in Stammheim, die fast 2 Kilometer lang vom Schlosspark bis Flittard reicht.



Martin Stankowski*

Gegenüber vom Schlosspark liegt die Siedlung Egonstraße. Ihr Ursprung ist unklar, vielleicht Mitte der 1930er Jahre errichtet für die Arbeiter beim nahen Autobahnbau oder gegen Kriegsende als Munitionslager. Etwa 80 Häuser, immer 3 mit je 60 qm in einer Reihe, mit einem Stück Land oder Garten. Nach dem Krieg brachte die Stadt hier Wohnungslose unter. Seitdem ist die Siedlung bewohnt, heute von rund 150 Menschen, zum Teil schon in der 4. Generation. Die Bauten mannigfaltig ergänzt, die Fassaden verklümpert oder verputzt, hier ein Carport, dort ein Windfang, Garagen, Schuppen und was an Eigeninitiative auf kleinem Raum mög-

ten das Großklärwerk Stammheim entstanden, das man kennt, aber kaum wahrnimmt. In der Regel sind die Menschen hier wohnen geblieben bis zum Tode, weil es selbstbestimmtes Wohnen ermöglicht und vor allem günstig ist – die Mieten liegen bei 3 bis 4 Euro. Susanne Tobi, couragierte Sprecherin der IG Egonstraße betont neben der Miete die gute Nachbarschaft, die Möglichkeit, sein Haus selbst zu gestalten, die grüne Natur. Frau Tobi: „Du hast einen guten Schlaf. Im Moment natürlich nicht.“ Das liegt an der Stadt. Es war üblich, wenn ein Mieter starb, neu zu vermieten, etwa an die Kinder. Bis vor etwa 10 Jahren, als die Stadt diese Praxis änderte, leer stehen und irgendwann abreißen ließ. Dagegen gab es Proteste, es kam zu mindestens zwei Besetzungen incl. Polizeieinsatz. Seitdem ist Unruhe in der Siedlung Egonstraße, die Bewohner zogen die Konsequenzen und gründeten ihre Interessengemeinschaft. Das ist nicht erstmalig, wenn man sich den Umgang der Stadt mit dieser Art von Quartier anschaut.

Kalscheurer Weg

Nicht viele Kölner wissen, wovon die Rede ist, wenn es um die „Indianersiedlung“ geht – eine Kolonie in Zollstock direkt neben dem Südfriedhof am Kalscheurer Weg. Der Name geht auf den Journalisten Conrad Zander zurück, der sich an Indianerreservate in Minnesota erinnert fühlte und angesichts der Siedlung seinen Eindruck schildert, „das jähe unbegreifliche Gefühl der Verrückung von Raum und Zeit.“ Man sollte zwischen den zusammengewürfelt erscheinenden Häusern und Häuschen spazieren gehen und selber den Mix der Stile und Materialien erleben, eingebettet in Grün und Gärten, um dieses begeisterte Gefühl zu verstehen. Die Siedlung mit Wegenamen, die wie



Siedlung Egonstraße: Um- oder Ausbau erledigen die Bewohner selbst.

alles aber an der Querköpfigkeit und Ausdauer der Siedler, die allen Versuchen der Vertreibung durch die Stadt Köln gemeinsam widerstanden: erst der geplanten Friedhofserweiterung, dann der Entmietung und schließlich dem Abbruch. Alles musste gegen Verwaltung und Politik durchgesetzt werden. 2001 schlossen sich dann die rund 300 Bewohner mit ihren etwa 115 Häusern zu einer Genossenschaft zusammen, kauften das Gelände und konnten endlich auch die Stadt von der Einmaligkeit dieser „Schlicht-Wohnbauten“ überzeugen. Im Gegenzug mussten die Genossen für Kanalisation, Straßenbeleuchtung oder Rettungswege sorgen.

Die Siedlung ist ein lebendiges Dokument unkonventioneller Bauplanung angesichts von Armut und Wohnungsnot aus dem Jahr 1930, das man sich heute vergleichbar wieder wünscht. Sie ist aber auch ein Beispiel solidarischer Selbsthilfe der Bewohner, die ihre Interessen gegen alle Widerstände bewahrten und war drittens eine der ersten Neugründungen einer Wohnungs-genossenschaft in jüngerer Zeit in Köln.

Und es geht weiter. Die Bewohner haben 2017 eine zweite, die „Mietgenossenschaft Kalscheurer Weg eG“ gegründet. Damit wollen sie auf der benachbarten Grünfläche bauen, kollektiv und ökologisch, 16 Häuser mit 109 Wohnungen – alle mit Sozialbindung. Auch hier hat es einige Zeit gedauert

den Stadtrat davon zu überzeugen, der schon vor über zwei Jahren einstimmig der Genossenschaft das Gelände zusprach. Inzwischen steht die Finanzierung, die Pläne des Architekturbüros Bodo Marciniak sind fertig, aber durch die Wirtschaftskrise unumittelbar und vor allem unbürokratisch zu helfen, wurde Armen und Arbeitslosen mit kinderreichen Familien ein Stück Boden als Garten- und Bauland zur Verfügung gestellt, das sie ohne große Bauvorschriften besiedeln und bewirtschaften durften. Diese „Not-siedlungen“ rund um die Großstädte sind in Zeiten des Wirtschaftswunders der 1950er Jahre meist verschwunden, – bis auf wenige Ausnahmen wie die „Indianersiedlung“ in Zollstock. Das lag an der fehlenden Planung, vor

Provisorien klingen, Weg R, Weg S, ST oder V, ist das Ergebnis der Notverordnungen des Reichkanzlers Brüning aus dem Jahre 1930, in Köln vom damaligen Oberbürgermeister Konrad Adenauer umgesetzt. Um in der Not nach der Wirtschaftskrise unumittelbar und vor allem unbürokratisch zu helfen, wurde Armen und Arbeitslosen mit kinderreichen Familien ein Stück Boden als Garten- und Bauland zur Verfügung gestellt, das sie ohne große Bauvorschriften besiedeln und bewirtschaften durften. Diese „Not-siedlungen“ rund um die Großstädte sind in Zeiten des Wirtschaftswunders der 1950er Jahre meist verschwunden, – bis auf wenige Ausnahmen wie die „Indianersiedlung“ in Zollstock. Das lag an der fehlenden Planung, vor

fang der 1940er Jahre 15 Baracken mit jeweils ungefähr 230 Quadratmeter Fläche für Zwangsarbeiter von Klöckner-Humboldt-Deutz errichtet. Die einzelnen Häuser wurden ab 1944 in drei gleich große Parzellen aufgeteilt, um für ausgebombte KHD-Mitarbeiter Wohnraum zu schaffen. Die Stadt Köln, die später den Besitz übernahm, wollte auch hier schon Anfang der 1980er Jahre abreißen und begann mieterfreie Häuser nicht neu zu vermieten. Das Argument war – wie auch in anderen Fällen – die schlechte Bausubstanz, die eine Herrichtung nicht lohne.

Es kam zu Protesten, Aufrufen, Demonstrationen und Widerstand der Bewohner gegen die geplanten Abrisse, unterstützt von anderen Bürgerinitiativen. Studenten und Professoren der Fachhochschule mischten sich ein und am Ende wurde der Erhalt der Humboldtsiedlung durchgesetzt. Es gab Mietverträge und die Bewohner konnten in Eigenregie sanieren. Ein paar Jahre war Ruhe, aber dann ging es wieder los mit Leerstand und Abrissdrohung, bis die CDU 2000 an die Macht kam. Sie hielten weniger von Gemeinschaftsbesitz oder Genossenschaften, sondern setzten auf Privatisierung. Die Stadt bot den Mietern die Häuser zum Kauf an, zu guten Konditionen, wovon auch die meisten Gebrauch machten. Heute sind es etwa 70 Bewohner in rund 40 Häusern. Die Siedlung existiert, das Vereinsheim gibt es nicht mehr und der Verein hat sich aufgelöst.

Siedlung oder Behelfsheim?

Beim Überblick der verschiedenen Siedlungen zu verschiedenen Zeiten und auch unterschiedlichen Zuständigkeiten in Rat und Verwaltung wird ein Schema deutlich: das fehlende Vertrauen in die Kompetenz der Menschen in diesen „Schlichtbauten“; das fiskalische Argument, dass eine Herrichtung finanziell nicht lohne; schließlich die Sachzwänge wie Flächenbedarf für Friedhof oder Kläranlage, Abstand, Lärm oder schlechte Infrastruktur.

Zurück zur Egonstraße. Nach den Leerständen seit Anfang der 2010er Jahre engagierten sich die Mülheimer Bezirksvertreter, forderten den Stopp der Abrisse und schlugen den Verkauf wie in der Humboldtsiedlung vor, ohne Erfolg. Das Hauptargument der Ratspolitik war die große Kläranlage, zu der ein Mindestabstand von 500 Metern notwendig sei. Dabei ignoriert dieses Argument allerdings die Tatsache, dass die Egonstraße schon längst dastand, als die Kläranlage mit ihren Faultürmen und Neubauten näher rückte, und was die Frage erlaubt, wie es

mit deren Baurecht eigentlich aussah? Im Übrigen liegen auch andere Häuser in Stammheim, direkt neben der Egonstraße, allesamt näher als 500 Meter zur Kläranlage. Und sollen die auch weg? Das nächste Argument war der ruinöse Bauzustand, der mindestens 100.000 Euro pro Haus als Renovierungskosten aufrief und schließlich der Flächennutzungsplan, der hier Grünflächen vorsieht.

Die Bewohnerinitiative Egonstraße wird von der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM) unterstützt, die eine Fachanwältin für Bau- und Verwaltungsrecht ins Boot holte und die brachte mit einem Gutachten die ganze Argumentation der Stadt ins Wanken. Nach dem Baugesetz handelte es sich nämlich nicht um einen Außen-, sondern um einen Innenbereich und da trafen die angeführten Regelungen überhaupt nicht zu. Das konterte dann die Verwaltung mit dem Hinweis, die Siedlung sei nie genehmigt und überhaupt illegal.



Namenspatron: Egon Graf zu Fürstenberg-Stammheim

Doch die Anwältin bezieht sich auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1968, das die Frage der Baugenehmigung dann für irrelevant hält, wenn die „Baulichkeiten... geduldet werden“ und keine Zweifel bestehen, „dass sich die zuständige Behörde mit ihrem Vorhandensein abgefunden hat.“ Denn wie anders als Duldung sollte man die Stadt interpretieren, die seit Jahren Mieten kassiert, Mietverträge abschließt, die Gas und Abwasser erneuert, bisweilen sogar Baugenehmigungen für An- oder Ausbauten erteilt?

Was Sprache verrät, wird am Duktus der Behördenvorlagen deutlich. Früher war in den amtlichen Stellungnahmen die Rede von der Wohnsiedlung Egonstraße oder einfach Egonstraße, bzw. der Siedlung oder der städtischen Siedlung. Neuerdings spricht die Verwaltung von einer Behelfsheimssiedlung. Und spätestens da lernt der betroffene Bewohner, dass er zwar ein Heim hat, aber eben nur zum Behelf, zum Übergang, quasi als temporäres Wohnen, bis er etwas anderes gefunden hat. Die Stadt wird ihm dabei sicher helfen zum Beenden des Behelfs.

Dabei verbindet die vielen Bewohner der Siedlungen vom Kalscheurer Weg bis zur Egonstraße etwas sehr Grundsätzliches mit Egon Graf zu Fürstenberg-Stammheim und seinem Schloss: Sie wohnen gerne dort – denn: Wie der Kölner sagt: My Home is my Castle.

Google-Earth-Link blind

* Der Autor des Artikels ist deutscher Publizist, Rundfunkautor, Geschichtenerzähler und in Köln als alternativer Fremdenführer bekannt.



Siedlungserweiterung Kalscheurer Weg. Unten der Südfriedhof, darüber die geplanten Neubauten und darüber (in weiß) die Genossenschaftssiedlung. Entwurf Marciniak Architekten

lich ist. Eine Siedlung, die bis heute den Charakter von Notbauten aus schlechten Zeiten trägt, gepaart mit einem ästhetischen Potpourri aller Stile und Formen, in denen sich Geschmack ausdrückt oder auch eben nicht. Jedenfalls typisch, aber bisher nicht als Besonderheit erkannt. Sie als „Denkmalbereich“ zu definieren wäre nach dem Gesetz möglich und entspräche auch ihrem spezifischen Charakter. Doch die Denkmalpflege hat keinen Blick für solch einen stadt- wie sozialhistorischen Befund.

Im Laufe der Jahre wurde Stammheim aus- und aufgebaut, die alten Teile wie die Schlossstraße bilden eine räumliche Einheit mit der Siedlung. Im Norden ist in den Jahrzeh-